

1. Kind und Schüler (1927 bis 1943)

Geboren am 18. Juni 1927 in Hannover. Aufgewachsen in beengten Verhältnissen. Der leibliche Vater starb 1932, die Mutter war arbeitsunfähig. Einschulung 1934; am ersten Schultag lernte ich Alfons Becker kennen, seither mein enger Freund. Danach bis 1938 Volksschulen in Hannover, Essen und Merseburg. Schon früh entschiedene Skepsis gegenüber dem Hitler-Regime. Ganz besonders beim Anhören der Rede, die Hitler nach der Ermordung der SA-Führung gehalten hat, in der er sich als *des deutschen Volkes obersten Gerichtsherrn* bezeichnet hat. Ab 1938 Gymnasien in Hannover, Essen und Chemnitz; Befreiung vom Schulgeld bereits nach drei Monaten. Per *Kinderlandverschickung* 1941 Gast bei einem Chemiefabrikanten. Hitlerjugend ab 1937. 1939 ging meine Mutter eine neue Lebensgemeinschaft ein. 1942 Geburt meiner Halbschwester Anita. Der neue Vater hat mich voll anerkannt und sehr gefördert.

2. Kanonier und Prisonnier (1943 bis 1947)

2.1 Luftwaffenhelfer (1943 bis 1944)

Der Schulunterricht wurde durch den Luftkrieg schon arg gestört; in den Flakstellungen nur noch sporadisch. Im Juni 1943 wurde ich als Luftwaffenhelfer verpflichtet. Anlass war die erste schwere deutsche Niederlage in Stalingrad. In einer Rede im Januar hat Goebbels den *totalen Krieg* ausgerufen. Ein Ergebnis war die Heranziehung von uns *Kinder-Soldaten*. Wechselnde Batterien rund um Hannover. Wegen Beteiligung an 19 Abschüssen Flakkampfabzeichen. Erste Erfahrung mit tieffliegenden feindlichen Jägern. Um ein Haar hätte unser Geschütz einen deutschen Jäger abgeschossen, der am Luftkampf in Baumhöhe beteiligt war. Wenig später einen Bombenteppich überlebt, der unserer Batterie galt.

2.2 Spezialist für Radar-Technik (1944 bis April 1945)

Im Juni 1944 wechselte ich auf meine Initiative zu einem Hochfrequenz-Lehrgang im Reichsausbildungslager *Prinz Eugen*. Ausbildung für die Wartung von Radargeräten. Daneben noch geordneter Schulunterricht und militärische Ausbildung. Mit Anderen habe ich mich mehrfach gegen Schikanen der militärischen Ausbilder zur Wehr gesetzt. Dort ein zweiter Tieffliegerangriff – ohne Opfer.

Im Januar 1945 wurde ich Kriegsoffiziersanwärter (*Fahnenjunker*) in der Luftnachrichten-Schule 8 in Halle-Nietleben. Dort erneuter Tieffliegerangriff; in dem Bombentrücker, an dessen Rand ich lag, ein Toter, ein Schwer-, ein Leichtverletzter.

2.3 Infanterist in der Armee Wenck (April 1945)

Im April 1945 wurden wir als Teil der Geisterarmee Wenck in Thüringen infanteristisch eingesetzt. Beim letzten Gefecht bei Hemleben entgingen wir der sicheren Vernichtung durch das unverhoffte Eingreifen dreier deutscher Jagdlieger. Ein Verletzter in unserer Gruppe.

Von dort führte uns ein erfahrener Offizier mehrere Tage lang durch besetztes Gebiet in die Nähe seiner Heimatstadt Nordhausen, wo er uns entließ. Ich schlug mich von da drei Tage lang allein durch den Harz in Richtung Blankenburg. Auf den Straßen beinahe ununterbrochener Kolonnenverkehr der Amerikaner. Bei Mägedsprung geriet ich in deren hermetischen Absperrungsring um die unterirdischen V-Werke in Blankenburg.

2.4 Prisoner of War und Prisonnier de Guerre (April 1945 bis Juni 1947)

Bis Juni in offenen Lagern in Helfta, Hersfeld und auf den Rheinwiesen. Danach in offenen Güterwaggons nach Rennes in der Bretagne – zum ersten Mal in feste Unterkünfte. Übergabe an die Franzosen. Abgehungert auf 85 Pfund, weigerte ich mich, durch eine für uns eingerichtete Ausstellung von deutschen KZ-Lagern zu gehen. U. A. mit der Begründung: wir sähen inzwischen selber so aus.

Im nächsten Lager – Zitadelle Laon – erfuhr ich mit der ersten Post aus der Heimat, dass mein zweiter Vater im April 1945 ebenfalls verstorben war. Verpflegung dort nach wie vor – quantitativ

wie qualitativ – katastrophal.

Zwei nachdrückliche Erlebnisse: das couragierte Eingreifen des Dolmetschers von der Marwitz gegen den französischen Küchenchef, der Küchenabfälle vor unsere Füße geworfen hatte. Und das nochmalige Öffnen eines bereits kontrollierten Päckchens, weil Sergeantchef Dürr einen Tannenzweig vergessen hatte, wieder hineinzutun. Schließlich bei einer weihnachtlichen Lesung: *Joseph beugte sich ergriffen über die Kippe.*

Im Winter arbeitete ich im Zensurbüro des Lagers, ab Frühjahr 1946 auf einem 300 ha großen Gut unweit Laon – zusammen mit 12 Kameraden. Nach Feierabend hatten wir volle Bewegungsfreiheit. Einer kochte für uns. In unserer Unterkunft hörten wir abends am Radio die Berichte vom Nürnberger Prozess. Schweigend!

Wir hatten Kontakt mit deutschen Gefangenen in einem amerikanischen Lager. Und wir wussten vom Vater eines Gefangenen auf einem Nachbargut, der als Bürgermeister in Hessen in der Lage war, uns mit Papieren auszustatten. Zwischen dem amerikanischen Lager in unserer Nähe und den US-Truppen in Deutschland pendelten fortgesetzt Güterzüge. Vier von unserem Kommando nutzten eines Tages im September 1946 diese Verbindung zur Flucht. Unter der regulären Ladung (Hämmer in unserem Fall) hatte man uns nach bewährtem Muster einen regelrechten Unterstand gebaut. Weil gerade an dem Wagen in Sedan eine Reparatur notwendig wurde, dauerte die Fahrt statt der geplanten drei zwölf Tage. Wir verließen den Zug bei langsamer Fahrt in Hessen. Wurden aber kurz darauf von der US-Zonen-Polizei aufgegriffen und in ein DP-Lager bei Marburg verbracht. Was wir nicht wussten: ab September 1946 wirkte ein neues Abkommen zwischen den drei Westalliierten auf gegenseitige Auslieferung von Geflohenen. Die US-Zone war also kein sicherer Hort mehr. Kurz vor Weihnachten fanden wir uns im Lager Strasbourg im Elsass wieder. Wo wir alsbald in einem besonderen *Prison* landeten. Zuvor hatte man uns noch die Haare geschoren. Ein Landsmann von mir nahm sich meiner an und befreite mich noch vor Weihnachten aus diesem grässlichen Loch. Er verschaffte mir einen Job im Personalbüro des Lagers. Den verspielte ich durch meine Vertrauensseligkeit. Ich blieb, ohne mich abzumelden, an meinem 20. Geburtstag im Lager. Der Kamerad, der mich vertreten wollte, tat dies nicht – und bekam dadurch den Job, auf den er schon lange scharf war. Ich wurde strafversetzt zu einem Wiederaufbau-Lager in Sarrealbe. Von dort überführte man mich wegen Hungerödems in ein Lazarett nach St. Avold in Lothringen.

2.5 Angestellter in der Lebensmittel-Großhandlung (September 1947 bis Ostern 1948)

Dort bewarb ich mich auf eine Anzeige hin bei einer dortigen Lebensmittelgroßhandlung und erledigte – fortan zusammen mit einem jungen Einheimischen – die Buchhaltung der Lebensmittelkarten. Sechs Mal bilanzierte ich die Ergebnisse, die der Chef am Schluss eines Monats in Metz abliefern musste. Prüfen konnte er nichts mehr; es gab nie eine Beanstandung! Ich war einer von 10 *Freiarbeitern* mit einem Angestelltenjob mit Sozialversicherung in ganz Frankreich, dazu der jüngste. Den mir nach einem halben Jahr zustehenden Heimaturlaub nutzte ich zu Ostern 1948, zu Hause zu bleiben.

3. Kartograph und Hausierer (Juni 1948 bis Dezember 1954)

Nach vier Wochen galt mein französischer Urlaubsausweis nicht mehr. Und weil ich meine Gefangenschaft irregulär abgebrochen hatte, besaß ich auch keinen Entlassungsschein von da. Erst nach einem Vierteljahr gelang es mir, mit Hilfe einiger Tricks, Personalausweis, Arbeitspass und Lebensmittelkarten zu erwerben. Die Behörde, bei der mein Vater gearbeitet hatte, und die mich als Lehrling ausbilden wollte, stellte in dem Moment fest, sie könne mich nicht beschäftigen, weil ich in Frankreich *meinen Arbeitsvertrag gebrochen* hätte. Das brachte mich zu meinem ersten Kontakt mit dem DGB; dessen Rechtsschutzleiter war zu der Zeit stellvertretender Leiter des Arbeitsamtes. Dieses wies mich im Juni 1948 kurzerhand in die Behörde ein, nicht ohne mir gleich zu Beginn zwei Wochen Urlaub einzuräumen!

In der Behörde war ich dann auch bald Mitglied der DAG – wie fast alle meine dortigen Kollegen. Ich absolvierte dort im Ganzen fünf Jahre Lehre und Ausbildung als Landkartentechniker. Die beiden behördlichen Prüfungen lieferte ich im Theoretischen mit Bestnote; mit der praktischen

reichte es gerade zum Befriedigend. Meine schriftliche Ausarbeitung zur Reproduktionstechnik wurde Unterrichtsmaterial. Doch schon da zeigte sich, dass ich für diesen Beruf total ungeeignet war. Ich hatte am meisten damit zu tun, immer wieder meine zerdetschte Zeichenfeder zu reparieren. Mein Lehrmeister half mir mit Engelsgeduld über die Hürden. In dem einzigen anschließenden praktischen Arbeitsjahr versah ich eine vergleichsweise primitive kartographische Tätigkeit.

Das Familieneinkommen reichte bei weitem nicht aus; mein erstes Lehrlingsgeld betrug 40 RM. So jobbte ich bald in einem studentischen Backwarenkundendienst, baute neben dem ursprünglichen einen weiteren auf. Beide fusionierten, und wir belieferten mit 15 Trägern die hannoversche Südstadt jeden Morgen mit Brötchen. Jeder transportierte ca. 300 Stück. Ich befreite nach einiger Zeit das andere Teilunternehmen – wieder durch ein paar Tricks - von drückenden Schulden, die man sich leichtfertig aufgeladen hatte. Ich versah die Leitung mit zwei weiteren jungen Männern. In Hannover engagierte ich mich in der Freidenkerbewegung. Zusammen mit Dietrich Sperling, dem späteren Staatssekretär im Bundeswohnungsbauministerium, vereitelte ich durch aggressive Opening-Beiträge den Trick von Landesbischof Lilje, eine ursprünglich im säkularem Milieu angelegte Vortragsveranstaltung zum Thema *Kann man heute noch Christ sein?* in seine - ihm genehmere – Marktkirche zu verlegen. Danach äußerten sich beinahe nur noch ablehnende Diskutanten.

Noch im Jahre 1955 begann ich meine publizistische Tätigkeit mit einem ganzseitige Beitrag über die klerikal-faschistische *Abendländische Aktion*, der auch einige Bundesminister angehörten, in Dr. Gleisbergs *Anderer Zeitung*.

In Hannover begann ich 1948 meine Gesangskarriere im Chor der Volkshochschule sowie im Jungen Chor Hannover, später Niedersächsischer Singkreis – schon damals in beiden Männerstimmen. Wir bestritten regelmäßig *Offene Singen* und Chorvorträge im NDR, unternahmen internationale Konzertreisen. Ich organisierte in den Herrenhäuser-Gärten ein großes Chortreffen mit ostdeutscher Beteiligung. Bei einer dieser Gelegenheiten bemerkte ich nach meiner Erinnerung zum ersten Male das nervöse Leiden, das sich Jahrzehnte später als das *Rest-Less-Legs*-Syndrom herausstellen sollte.

4 Sozial-Ingenieur (1954 bis 1970)

Der österreichisch-britische Sozialwissenschaftler Sir Karl Popper prägte für das gesellschaftspolitische Geschäft den Begriff *social engeenering*, das nur *piecemal*, nicht per großem Entwurf von statten gehen könne. Als Arbeitsweise übertrug er von der Wissenschaft – statt der bis dahin üblichen Verifikation - die Falsifikation per *trial and error*. Eine These oder Annahme gilt danach immer nur so lange als wahr, wie sie **nicht widerlegt** wird. Danach haben wir Gewerkschaftssekretäre uns gerne *Sozialingenieure* genannt, in der Anfangsphase – etwas bescheidener – *Gesellschaftstechniker*. Die vielfältigen Tätigkeiten bei der DAG, das mir von ihr ermöglichte Studium an der Universität betrachte ich zusammen mit meinen Kriegserfahrungen als meinen *dritten Bildungsweg*.

Publikationen: Kommentar zum Wehrpflichtgesetz. DAG-Schriftenreihe: Erläuterungen zum Jugendarbeitsschutzgesetz, Zur Geschäftsordnung, Erläuterungen zur Betriebsjugendvertretung, Der Zweite Weltkrieg – der letzte? Untersuchung über die Jugendgefährdung durch Kriegsverherrlichung *Schutz vor Schund*. Personalratsmeldewesen der DAG, Numerisches Verzeichnis der Verwaltungen, DAG Hamburg 1967. Sozialplan für den öffentlichen Dienst, Stichworte für Schutzvereinbarungen, DAG Hamburg 1968. Redaktion der DAG-Forderungen zum Betriebsverfassungsgesetz 1972, Hamburg 1964 und 1966. Demokratie in der Verwaltung, mit Übersichten, DAG Hamburg, mehrere Auflagen ab 1969. Handbuch zum Betriebsverfassungsgesetz, mit Ernst Zander, Dr. Otto Schmidt KG, Köln, Projekt von Dr. Günter Friedrich und Günter Apel, 1968; Mitwirkung und Mitbestimmung des Arbeitnehmers, Kurzkomentar zum BetrVG 1972, Rudolf Haufe, Freiburg, 1972, Projekt von Dr. Günter Friedrich. Mitarbeit an SPD-Vorlage zu den Mitbestimmungsgesetzen, Bonn, Hamburg 1968. Das

neue Recht des Betriebsrats, Einführung in das neue BetrVG 1972, Vorwort Walter Arendt, Neue Gesellschaft, Bonn; Projekt von Dr. Horst Heidermann; 2. Auflage, Vorwort Norbert Blüm, Rudolf Haufe, Freiburg, 1992, 3. Aufl. 1996.

Zahlreiche Artikel in DAG-Hefte, Die Angestellten, DAG-Jugendpost sowie Recht der Jugend, Blätter für Sozialversicherung und Steuerrecht, Der Betrieb, Betriebsberater, Neue Juristische Wochenschrift, Hamburger Abendblatt, Personalbeilage, Arbeitsrechtliche Praxis, Bundesarbeitsgericht Karlsruhe, mehrere Beteiligungen an größeren Sammelwerken. Regelmäßig Lehrgänge im *Seminar für Gewerkschaftspolitik* in Walsrode und im *Haus Naumburg* der DAG-Jugend.

4.1 Volontär in der DAG Hannover und Hamburg (1954 bis 1955)

Dem ungeliebten Beruf entzog ich mich durch eine Bewerbung bei der DAG Hannover. Bis 1956 war ich deren Volontär. Das war ich noch, als ich im Januar 1956 Landesjugendleiter in Hamburg wurde. Salär zunächst 300 DM.

Meine Anstellung bei der DAG begann allerdings mit der Teilnahme an einem Halbjahreskurs in der Heimvolkshochschule Rendsburg. Ich lernte dort vor allem wirkungsvolles Referieren, Reden und Debattieren sowie die adäquate schriftliche Bearbeitung komplexer Themen. Ich organisierte kulturelle und politische Veranstaltungen mit Lehrgangsteilnehmern. Gelegentliche Aktivitäten bei der DAG Rendsburg. Den Abschluss bildete eine vierwöchige Reise durch Baden und Württemberg. Mein Hauptausbildungsplatz in Hannover war schließlich der öffentliche Dienst. Dessen Leiter Heinz Knetter versah da den kompliziertesten Job. Als er ganz plötzlich nach Aalen in Württemberg abberufen wurde, stand ich mit seiner noch recht neuen Sekretärin und mit einem schnell angeworbenen Nachfolger vor sehr komplexen Aufgaben, die wir – weil wir, wie ich meinte, *alle drei ziemlich gleich blöd* waren -, erstaunlich rasch in den Griff bekamen. Ich musste oft abends Sprechstunden absolvieren, lernte dabei schnell eine ganze Reihe von Tarifverträgen kennen und keilte nicht wenige Ratsuchende als Mitglieder.

Quasi übungshalber klärte ich einige fragwürdige Streitfälle, an die keiner so recht heran wollte, für Kollegen außergerichtlich.

Ganz nebenbei baute ich die erste Kartei – Ort, Land, Bund – für das Betriebsratsmeldewesen auf.

4.2 Landesjugendleiter der DAG Hamburg (1956 bis 1958)

Der Landesverband Hamburg brauchte einen Landjugendleiter. Ich stellte mich dort im Dezember 1955 vor. Zuvor traf ich auf einen Kollegen, den Moselaner Eduard Prosch. Der fragte mich sogleich, ob ich schon ein Zimmer in Hamburg hätte. Er hatte eines für mich. Wir wurden bald enge Freunde.

Die Vorstellung führte zu meiner Anstellung. Im Januar 1956 trat ich die Stellung an. Die personelle *Ausstattung* war problematisch: der Landesverbandsleiter Helmut Fahrenbach aus Hannover war ein kleinwüchsiger affektierter Zeitgenosse, der es mir verübelte, wenn ich mich – nach seiner Meinung - zu modisch kleidete oder mich überhaupt an den Diskussionen in der Montagsbesprechung beteiligte. Ich erwiderte, ich gedächte nicht, dort meine *Geisterstunden abzusitzen*. Wenn ich mit ihm etwas besprechen wollte, musste ich nur vor ihm an der Tür zu seinem Büro stehen. Den Höhenunterschied hielt er nicht aus, nötigte mich alsbald in einen tiefen Sessel vor seinem Schreibtisch; dann war die Rangordnung auch physisch hergestellt. Immerhin beschied er eine Beschwerde meiner Sekretärin – sie war schon die meines Vorgängers Kurt Pagels - mit der umwerfenden Bemerkung von der *Witwe, die das Bild vom Alten nicht von der Wand nimmt*. Die sorgte in der ersten Zeit emsig dafür, meinen noch gar nicht vorhandenen Ruf bei meinen Kollegen gründlich zu ruinieren. Das änderte sich allmählich in dem Maße, in dem diese mich persönlich und damit meine raschen Reaktionen auf Wünsche und Vorschläge kennen lernten. In dieser Zeit entwickelte sich bald auch eine weitere dauerhafte Freundschaft, die zu Kurt Römer, zuständig für

die Laienspielgruppe. Sekretärin Trudel Radzimski verließ mich bald, und ich gewann eine fähige und loyale Kollegin in Helga Mäkel vom Deutschen Ring. Die dritte wichtige Person war Amtsvorgänger Kurt Pagels. Er behielt den ehrenamtlichen Vorsitz des Landesjugendausschusses, war also mein *Aufsichtsrat*, was nicht nur von Vorteil war. Gleich zu Beginn musste ich ein bereits weitgehend vorbereitetes Projekt übernehmen, ein Landesjugendtreffen in Lauenburg. Die sportlichen und kulturellen Veranstaltungen gerieten mit den gut eingespielten Jugendgemeinschaften jedoch reibungslos.

Der Landesverband Hamburg umfasste auch weite Teile von Niedersachsen. Zu den dort tätigen Jugendgruppen musste ich Kontakt aufnehmen, immer mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Eine besondere Sparte waren die Scheinfirmer, mit denen wir die Berufsbildung unserer jungen Mitglieder förderten. Dem dienten auch die alljährlichen Berufswettkämpfe. Aus deren Teilnehmern rekrutierte ich mittels Serienbriefen – eine von Photo-Porst abgekupferte Methode – nicht wenige neue DAG-Mitglieder. Überhaupt stellte sich einige Jahre nach meinem Ausscheiden aus der Jugendarbeit heraus, dass meine Amtszeit diejenige mit den meisten Mitgliedern und mit den meisten aktiven Jugendgemeinschaften gewesen war. Ich etablierte auch noch in den politisch orientierten Arbeitskreisen eine weitere Sparte der Aktivitäten. Eine davon widmete sich der Beobachtung extremistischer Positionen und Aktivitäten. Das führte einen der daran Beteiligten dazu, zum Verfassungsschutz zu gehen.

Hinzu kamen Engagements im Hamburger Jugendring, im Jugendherbergswerk und in weiteren Institutionen der Jugendpflege. Im Jugendring führte ich in einer Versammlung zusammen mit dem Falken-Vertreter Helmut Raloff per Dringlichkeitsantrag einen Beschluss herbei, Kontakt mit der Jugendorganisation der DDR zu ermöglichen. Darauf traten die Katholische Jugend und die Bündischen Verbände, die sich hier überfahren fühlten, aus dem Jugendring aus. Mir trug das - einmal mehr - den Verdacht ein, heimlicher Kommunist zu sein. Denen, die das taten, bescheinigte ich, dazu müssten sie schon *von sehr weit rechts gucken*. Meine Absicht war – unter der Devise *Kontakte statt Komplexen* – die Kommunisten, die sich im Besitz der historischen Wahrheit wähnten, zu entlarven. Lange nach meiner Zeit kam es schließlich auch zu den Kontakten.

Es gab internationale Kontakte nach England und Holland. 1956 führte ich die erste deutsche Delegation – angereichert mit einer größeren Gruppe aus dem Baltikum – zu einem internationalen Jugendtreffen nach Southampton, mit Teilnehmer aus Ländern, die im Krieg unter deutscher Besatzung gelitten hatten. Mein Redebeitrag in der Abschlussveranstaltung lieferte der ganzseitigen Berichterstattung die Schlagzeile: *War ist Nonsense*.

In Hamburg sorgte ich dafür, dass die DAG-Jugend bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, so mit Bundeswehr oder Arbeitgebervertretungen, möglichst oft präsent war. Wir hatten viele junge Leute, die dort ihr Wort machen konnten. Gerne trat ich gemeinsam mit Edi Prosch auf: Er als Christdemokrat und ich als damals noch Parteiloser konnten das Vorurteil widerlegen, dass wir ein rein sozialdemokratisch dominierter Verein seien. Zusammen mit dem Leiter unserer Jugendschulungsstätte in *Haus Naumburg* etablierten wir das Projekt des *Hauses Schwalbach* (Magda Kelber) für demokratiefördernde teilnehmerorientierte Lehrmethoden - Gruppenarbeit, Stegreifgespräch und Rollenspiel statt des herkömmlichen Frontalunterrichts – in unsere Jugendarbeit. Dem diente auch meine erste Broschüre *wir schlagen vor*. Diese Gemeinschaftsproduktion mit Günter Halbestadt verschaffte uns den gemeinsamen Spitznamen *Halftown United*. Als mich der neue Bundesjugendleiter, Harry Ortmann aus Berlin, in die Bundesjugendleitung berief, sorgte ich in Klaus Römer, der bis dahin in der DAG-Schule gearbeitet hatte, für einen Nachfolger. Dafür brachte er – in einigen Belangen sogar weit mehr als ich selbst – gute Voraussetzungen mit. Leider verbarg er hinter einer zugewandten und hilfsbereiten Fassade auch ein intrigantes Wesen, was ich später mehrfach zu spüren bekam.

4.3 Sekretär in der Bundesjugendleitung (1960 bis März 1962)

In der neuen Position wurde von mir vor allem konzeptionelle Arbeit erwartet, zum Beispiel ein umfassendes Handbuch zur Praxis der Jugendarbeit. Ich verwirklichte das mit mehreren Broschüren der DAGSchriftenreihe sowie mit einem *Kommentar zum Wehrpflichtgesetz*. Eine besondere Rolle

spielte meine zweiteilige Untersuchung über die Jugendgefährdung durch Kriegsverherrlichung *Schutz vor Schund*. Damit wies ich erstmals nach, dass die überall an den Kiosken angebotenen Kriegsgroschenhefte der Verlage Pabel, Moewig und Bastei nach dem Gesetz genauso indizierungsreif waren wie die bis dahin ausschließlich erfassten Produkte der Richtung *Sex and Crime*. Zur Eröffnung der neuen Spruchpraxis lud der Leiter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften Schilling die beiden Hamburger Initiatoren – außer mir den Leiter des Ausschusses für Jugendschutz bei der Jugendbehörde, den Diakon Bruno Schulze – zur Beratung ein. Den – ungeladenen – Major Karl Bauer, der mit den *Informationen für die Truppe die Bürger in Uniform* im Sinne der *Inneren Führung* begleiten sollte, verwies er gleich des Raumes. Dieser Mensch hatte indessen meine Arbeit in rechtsradikalen Organen wie *Der Kyffhäuser*, *Der Stahlhelm* und *Deutsche Soldatenzeitung* als kommunistisch inspirierte *Wehrkraftzersetzung* diffamiert; das Bundespresseamt versandte dieses Elaborat auch noch an alle Jugend- und Schülerzeitschriften. Hilfreich waren dagegen *Der Spiegel*, das *Hamburger Echo* (Karl-Heinz Neß) und *Die Welt* (Hans-Jürgen Usko). Die von starker publizistischer Tätigkeit begleitete und geförderte Aktion wurde über die Jahre zum vollen Erfolg. Es wurden reihenweise Landser-Hefte udgl. indiziert. Die Kioske sandten die Hefte umgehend an die Verlage zurück. Allerdings werden die Hefte noch heute über Internet vertrieben. Dass als erstes Heft ausgerechnet der Landser-Ritterkreuzträger Großband 1 von Hans-Ulrich Rudel indiziert wurde, veranlasste 25 DAG-Mitglieder der Ortsgruppe Rothenburg ob der Tauber, ihren Austritt aus der DAG zu erklären – auf dem Umweg über die *Deutsche Soldatenzeitung*. Diese beehrte mich dann auch mit einer ganzseitigen – korrekten! - Darstellung meiner Untersuchung – natürlich heftig verrissen. Mein Vorsitzender Rolf Spaethen begrüßte dagegen die Austritte: *Die waren falsch bei uns!*

Die Zeitschrift der Ulrike Meinhoff und Rainer Röhl *konkret*, die ich schon damals im Verdacht fragwürdiger Kontakte und Absichten hatte, ließ ich auf ihre Anfrage nach meinem Motiv mit der kaum verwertbaren Antwort abblitzen: *Aus einem gewissen Reinlichkeitsbedürfnis*.

Die andere Richtung des extremistischen Spektrums, den Kommunismus, bedachte ich u. a. mit Seminarkonzepten: *Propaganda als Instrument kommunistischer Herrschaft* und *Marxismus – Diesseitsreligion oder Wissenschaft?* Die Jugendringe Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland versuchten beim – kommunistisch gelenkten – Weltjugendtreffen in Wien auf dieses von außen her einzuwirken. Mir gelang es, bei der Schlussveranstaltung bis zum Prominentenblock in der Nähe des Gesamtleiters Dauda vorzudringen. Ich erfuhr dort – mit Hilfe einer scheinbar naiven Interviewtechnik – wie die Kommunisten gedachten, den gerade selbstständig gewordenen Staat Haute Volta in Westafrika nach Prager Vorbild allmählich in die Hand zu bekommen. Das brachte die *Deutsche Afrika-Gesellschaft* (!?) auf die Idee, mich als Beobachter zur Unabhängigkeitsfeier zu entsenden...

Bei einem späteren Weltjugendtreffen in Sofia entschloss man sich schließlich zur offiziellen Teilnahme, sicher im Sinne der Politik *Wandel durch Annäherung*. Daran konnte ich nicht teilnehmen, wohl aber Edi Prosch.

Berichtenswert wären gewiss noch weitere Erlebnisse mit und in der DDR, auch und gerade im Zusammenhang mit unserer kleinen Tochter Kerstin!

In einer Vorstandssitzung des Jugendherbergswerks vereitelte ich durch einen einzigen einleitenden Redebeitrag die Absicht, die Benutzerverbände per Satzungsänderung aus dem Vorstand auszusperrern. Hauptbegründung: es sei besser, per fortgesetztem Arbeitskontakt frühzeitig Fehlentwicklungen zu steuern, als sie nachträglich und in der Distanz zu bereinigen. Ein Vorstandsmitglied bescheinigte mir hernach, als Rhetoriker sei ich *geradezu gefährlich*.

4.4 Sekretär für Mitbestimmung (April 1962 bis August 1963)

Am 18. April heiratete ich meine Freundin Elke Groth. Zum Polterabend besuchten uns viele Freunde und Kollegen in unsrem Domizil in der Fritz-Reuterstraße. Und im April wechselte ich in das *gewerkschaftliche Schwergewicht*, in die Erwachsenenarbeit und geriet zum ersten Mal unter die Fittiche einer weiblichen Vorgesetzten. War gar nicht schlimm. Ich konnte studieren, wie viel mehr Frauen sich engagieren müssen - zu der Zeit noch -, um sich in solchen Positionen zu

behaupten. Gerda Hesse schaffte das mit Bravour. Sie war die ausgewiesene Fachfrau für Wirtschaftspolitik und als Vortragende immer gerne gesehen. Gelegentlich bediente sie sich meiner als Ghostwriter. Und wehe, ich getraute mich hernach, meine dabei eingesetzten Einfälle nochmals zu verwenden! Sie hatte in ihrem Ressort drei gute Volkswirte und quasi als Dreingabe drei ebenso gute *Betriebsverfasser*. Deren Aufgabe war es, Gesamt- und Konzernbetriebsräte, vorwiegend der großen Kaufhäuser und der Elektroindustrie zu beraten. Und dies geschah grundsätzlich per Gutachten zu aktuellen Streitfällen mit der Unternehmensleitung. Und stets in Konkurrenz zu Vertretern des DGB. Unsere Beiträge zeichneten sich stilistisch und inhaltlich durch Sorgfalt und Exaktheit aus, während – zu der Zeit – die DGB-Vertreter Rechtsgründe schon mal durch Macht und Größe ersetzen. Mit meinem ersten Gutachten begründete ich die Existenz des im Gesetz gar nicht vorgesehenen Konzernbetriebsrats bei Siemens mit der Vertragsfreiheit als rechtens. Ich entwarf hernach für das BetrVG 1972 für die DAG die Gesetzesvorlage mit der Neuerung, dass die Delegierten in GBR und KBR nicht nur mit ihrer persönlichen Stimme, sondern mit denen aus den Wählerlisten zu den BR votieren, um die Verzerrung der Relationen zwischen den großen und den kleinen Betriebsräten zu überwinden. Ich verwertete meine Gutachten anschließend immer als Artikel in Fachzeitschriften.

Anlässlich der Aufsichtsratswahl bei AEG-Telefunken vermasselte ich Heinz Dürrbeck, dem Vorstandsmitglied der IG-Metall und externen Kandidaten die Tour. Der war ohne ersichtlichen Anlass mit einem feindseligen Flugblatt – *Nach Möglichkeit nicht mit der DAG!* - kurz vor deren Abschluss aus der einvernehmlichen Vorstellungsrunde unserer vier Kandidaten – von denen einer der DAG angehörte - in allen Betrieben des Konzerns ausgebrochen. Als ich das erfahren hatte, rief ich noch in der Nacht die beiden GBR-Vorsitzenden und Mit-Kandidaten, die auch dem IGM-Vorstand angehörten, an. Und die erreichten einen Beschluss, der den Störenfried zurückpiffte. Das hinderte Dürrbeck nicht, mich in einer nächtlichen Bierkellerrunde kurz darauf bei seinen Kollegen dadurch zu empfehlen, dass er ihnen meine Aktion gegen die Kriegsgroschenhefte schilderte.

4.5 Sekretär für Betriebspolitik (September 1963 bis Februar 1967)

Unter anderer Überschrift setzte sich nach dem nächsten Gewerkschaftstag – der hieß jetzt Bundeskongress - die Arbeit für die Betriebsvertretungen unter der Ägide von Gerhard R. Becker fort. Die Betriebsverfassung war jetzt Teil eines neuen Ressorts Betriebspolitik, das auch operative Aktionen in den Betrieben lostrat. Nicht zuletzt dienten gerade die Becker dazu, in der DAG auf sich aufmerksam zu machen. Schwer vereinbare Aktivitäten: einerseits gemeinsame Beratung mit dem DGB in den Gremien und andererseits gezielte Aktionen gegen den DGB mit denselben Personen. Die speziell hierfür hinzugewonnen Leute taten sich schwer mit der fachlichen Arbeit, und die Fachleute eher mit der robusteren Aufgabe. Ich kam mir bald so vor, als verwendete man einen Zirkel zum Holzhacken. Die Gremien wollten andererseits wissen, ob sie sich auf ihre Gewerkschaftsberater einstellen konnten. Als ich Becker eine entsprechende Frage stellte, konterte er mit der Gegenfrage, ob *ich mit ihm eine Lebensversicherung abschließen wollte*.

In die Amtszeit des Gerhard Becker fiel meine erste Berufung als Arbeitsrichter in Altona. Becker versuchte vergeblich, die zu unterbinden. Und als ich ihm mein erstes Buch zeigte, das ich außerhalb der DAG veröffentlicht hatte, fragte er mich nur, ob ich mir dazu die Genehmigung des Bundesvorstandes eingeholt hätte. Ich machte ihm klar, dass ich die für derlei Arbeiten nicht benötige; dafür sorgte ich auch für meine Kollegen.

Becker tat viel dafür, Spaethen, der ein Alkoholproblem hatte, das Leben schwer und ihn im Übrigen verächtlich zu machen. Als es auf den nächsten Gewerkschaftstag zugeht, begannen Bestrebungen, ihn von einer weiteren Kandidatur abzuhalten. Becker sann ebenfalls darauf; am Liebsten würde er auch Günter Apel aus dem Vorstand verdrängen. Mir gelang es, noch einige Zeit vorher zur Bundesberufsgruppe Öffentlicher Dienst zu wechseln, die von Heinz Groteguth geleitet wurde. So konnte ich auf dem Gewerkschaftstag ohne Loyalitätskonflikte gerade so viele Delegierte von den besonderen Eigenschaften Beckers überzeugen, wie ihm hernach Stimmen für seine Wiederwahl gefehlt haben.

4.6 Sekretär für den öffentlichen Dienst (März 1967 bis Dezember 1970)

Der Wechsel zum öffentlichen Dienst bedeutete keine geringe Umstellung. Wegen der Ähnlichkeit der Aufgabe mit meiner bisherigen Haupttätigkeit übertrug man mir die Personalvertretung und zugleich die Beamtengruppe. Diese Beamten sind der Hauptgrund, warum sich das öffentliche Dienstrecht und damit auch das Personalvertretungsrecht erheblich vom Betriebsverfassungsrecht unterscheidet. Es ist vor allem aufgespalten in das Bundesrecht und das der einzelnen Bundesländer. Für meine eigene Übersicht und auch für die bald einsetzende Seminararbeit schrieb ich dazu eine Broschüre. Die enthielt eine Reihe von Synopsen über die ganze Breite dieses Rechtsgebietes, mit allen Feinheiten der Beteiligungsrechte. Für das komputersierte Personalratswahlwesen gab ich ein Raster der Funktionsbereiche über alle drei Verwaltungsebenen und die Parafisci vor, das noch benutzt wurde, als ich nach zehn Jahren noch einmal in die Abteilung kam – als Leiter. Nach der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ging es auch an die des Bundespersonalvertretungsgesetzes, und dabei auch wieder um die Stärkung des Gruppenrechts. Eine Kommission der SPD aus Vertretern von DGB, DAG und DBB mit vier Arbeitsgruppen – Oberleitung Helmut Schmidt – leistete dafür die Vorarbeiten. Ich vertrat den Part der DAG in einer Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion unter Kurt Gscheidle. Für meine Beamtengruppe gab ich einen Beamtenbrief heraus. Nach dem Vorbild einer Lose-Blatt-Urteilssammlung, die ich für die Betriebsräte herausgegeben hatte, entwickelte ich auch eine für die Personalräte.

Im Laufe der Zeit kamen weitere Aufgaben in meinen Zuständigkeitsbereich, so nach dem Ausscheiden von Jürgen Jahn die Zusatzversorgung, und von dem Kollegen Wienke, der sich überlastet fühlte, die Wohnungswirtschaft. Die erwies sich als eine lohnende Aufgabe. Auf diesem Gebiet hatte die DAG die Federführung in einer Tarifkommission mit hochrangigen Vertretern der IG Bau und der HBV. Nach Anpassungsschwierigkeiten fasste ich schnell Tritt. Bei meiner ersten Tarifverhandlung in einem Hotel in Hannover leistete ich mir sogar einen Coup. Ich trug lediglich unsere Forderung vor und endete mit der Frage, warum man der – eventuell - nicht zustimmen möchte. Auf die übliche Begründung warteten die Herren zu ihrer Verblüffung vergeblich. So konnten sie nicht auf meine *widersinnigen* Ausführungen dreinschlagen, sondern mussten auf eigene Rechnung und Gefahr argumentieren. So kam es auch nicht zu der sonst übliche brüskten Ablehnung. Wir vertagten uns bald ganz entspannt. Es gab dann auch ein passables Ergebnis. Das gelang mir einige Zeit später sogar während einer wirtschaftlichen Flaute, die in fast allen Bereichen zu einer Nullrunde führte. Viel schwieriger und zugleich spannender ist eine Verhandlung über einen Manteltarifvertrag. Wir konnten dabei die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten erheblich verbessern. Meine Neigung zu Wortspielen und Begriffsschöpfungen brachte mir bei den Arbeitgebern den Spitznamen *Schiller der DAG* ein.

In den letzten Monaten lief, unterstützt vom Bundesvorstand, meine Kandidatur zum Landesverbandsleiter in Niedersachsen, daneben auch eine für die Hamburger Bürgerschaft. Beiden entzog ich mich schließlich dadurch, dass ich mich auf eine Anzeige der Friedrich-Ebert-Stiftung in der *Zeit* bewarb. Die suchte einen Sozialwissenschaftler oder –politiker für einen gesellschaftspolitischen Forschungsauftrag. Ich nutzte einen dienstlichen Aufenthalt in Bonn-Bad Godesberg, um mich dort einer Findungskommission vorzustellen. Von der DAG hatte ich einstweilen genug.

5 Angestellter der Arbeiter-Bewegung (1971 bis 1980)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung steht der SPD nahe und wurde ganz und gar vom DGB dominiert. Durch den Zuzug des Ehepaars Halberstadt erhöhte sich die Zahl der DAG-Mitglieder in der Zentrale um hundert Prozent.

In einem Kandidatenfeld von etwa zwanzig Akademikern konnte ich mich behaupten. Und der Betriebsratsvorsitzende Dr. Heiner Lindner zeigte sich mit der Entscheidung nach einem Gespräch mit mir *sehr einverstanden*. Er sah in mir gleich eine fachkundige Hilfe für das Bestreben des Betriebsrats, Vertreter der Belegschaft in den Führungsorganen der Stiftung zu etablieren. Ich

erklärte mich auch einverstanden, dazu in der DGB-Betriebsgruppe mitzuarbeiten. Dort wählte man mich quasi aus Versehen zum Vorsitzenden, nachdem ich bereits auf Platz fünf von neun in den Betriebsrat gewählt worden war. In einer Betriebsversammlung begründete ich die Forderung nach mehr Mitbestimmung mit der *Tendenz einer Einrichtung, die überall sonst auch dafür eintritt!* SPD, Stiftung, DGB und schließlich die gemeinwirtschaftlichen Betriebe betrachten sich als *Säulen der Arbeiterbewegung*. Das zeigt sich auch darin, dass man in den Archiven die Literatur zur Mitbestimmung nur unter dem Stichwort *Arbeitermitbestimmung* findet. Ich habe mich gleichwohl immer als Angestellter gefühlt. Salair BAT 1 mit vier Zulagen.

Publikationen: Mitarbeit am Gesellschaftspolitischen Programm der DAG, Hamburg, 1972. Handbuch zum Betriebsverfassungsgesetz, mit Ernst Zander, Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2. erweiterte Auflage 1972. Mitwirkung und Mitbestimmung des Arbeitnehmers, Kurzkomentar zum BetrVG 1972, Rudolf Haufe, Freiburg, 1972, Projekt von Dr. Günter Friedrich. Mitarbeit an SPD-Vorlage zu den Mitbestimmungsgesetzen, Bonn, Hamburg 1968. *Das neue Recht des Betriebsrats*, Einführung in das neue BetrVG 1972, Vorwort Walter Arendt, Neue Gesellschaft, Bonn; Projekt von Dr. Horst Heidermann; 2. Auflage, Vorwort Norbert Blüm, Rudolf Haufe, Freiburg, 1992, 3. Aufl. 1996. *Gebändigte Macht, Anmerkungen zu unserem System*, SPD-Bildungswerk Bonn, 1972. *Deutsches Arbeitsrecht in Stichworten*, mit Wolfgang Wittwer, Herausgeber Eberhard Pies, Katholische Akademie Trier und Fritz-Erler-Akademie, Schömberg, 1977. Beginn des Loseblattwerkes *Betriebsverfassung in Recht und Praxis*, mit Helmut Glaubrecht, Gerfried Popp, Ernst Zander sowie ca. 30 weiteren Autoren, vier Bände, zum Schluss 2012 ca. 6.800 Seiten, Projekt von Dr. Günter Friedrich. *Kommentar zum Personalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen*, DAG Düsseldorf, Lose Blatt ab 1978. *Zeittafel der gesellschaftlichen Entwicklung ab 1215*, Neue Gesellschaft, Bonn, 1980. Nach der Novellierung des BetrVG 1972 popularisierte ich das Ergebnis in zahlreichen **Seminaren** für SPD-Betriebsgruppen in Nordrhein-Westfalen.

5.1 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung (1971 bis Juni 1973)

Durch einen Zufallsfund in einer Akte wusste ich, dass Helmut Schmidt gegen ein Votum von Alfred Nau für mich eingetreten ist. Er kannte mich als Sprecher der SPD-Betriebsgruppe der DAG. Sein weiteres Verhalten mir gegenüber entsprach dem. Er vertraute mir auch heikle Missionen an: Mit dem Arbeitsrechtler Professor Thilo Ramm zusammen warb ich beim DGB für Zustimmung zu den arbeitsrechtlichen Aussagen in unserem Langzeitprogramm. Die erreichten wir und nahmen einige Vorschläge mit. Wesentlich komplizierter war es, ein Gleiches mit den Beamtengewerkschaften DBB, DGB und DAG zu schaffen. Die Sitzung leitete Helmut Becker, SPD Münster. Ich gab den Protagonisten und schaffte einen Formelkompromiss, der fast genau unserer Programmformulierung entsprach. Becker bedankte sich hernach bei mir mit dem Bemerkung, ohne mich wäre *er da sang- und klanglos untergegangen*. Schließlich ging es in einer Arbeitsgruppe mit Manfred Lahnstein, Wilhelm Haferkamp und Philipp Rosenthal um das Problem, durch *steuernde Rahmenbedingungen* erwünschte Produktion zu stimulieren und unerwünschte zu unterdrücken. Das Vorhaben scheiterte, einmal an der Unmöglichkeit, hierfür plausible Kriterien zu finden, formal alsbald an meiner Moderation, die das blitzschnell deutlich machte: Auf eine spontane Frage, was dann z. B. *überflüssige Produktion* sei, kam ebenso spontan die Antwort: *Hundekuchen*. Das konnte ich nicht stehen lassen und lieferte „*Nein, Rosenthalgeschirr für Hundekuchen!*“ - Der Heiterkeitserfolg – am lautesten von Rosenthal – beschloss die Beratung in der Sache.

Der Zufall wollte es, dass es in der Zeit dafür drei weitere Bestätigungen gab: In einem Spiegel-Gespräch musste der Professor Georg August Zinn bei der Nachfrage passe, *wie viel Bier denn notwendige Produktion sein sollte*, dem er zuvor *Lebensmittelqualität* zugesprochen hatte. Der niederländische Nobelpreisträger Tinbergen beschied unseren Kollegen Lühr auf seine Frage, wann er denn *glaube, mit seinem Projekt fertig zu sein, qualitative, gleichwohl messbare Maßstäbe für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu bestimmen*, lapidar mit *um 2000*. Für uns deutlich zu spät. Zu der gleichen Prognose kam ein polnischer Planungsminister – im Bierkeller unseres

Politischen Clubs – dafür, wann es die für die Planwirtschaft erforderlichen Computer geben könnte... Für einen Zwischenbericht zum Langzeitprogramm verfasste ich die Redemanuskripte für Helmut Schmidt und Hans Apel.

Eine Kommission unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt, Hans Apel und Jochen Steffen sowie weiteren dreizehn hochkarätigen Mitgliedern, unter ihnen die stellvertretende DAG-Vorsitzende Gerda Hesse, bemühte sich mit Hilfe von sechs Untergruppen redlich um eine plausible Programmvorlage für den nächsten Parteitag. Kernbestand war die Offenlegung einer beabsichtigten allmählichen Steigerung des öffentlichen Anteils am Sozialprodukt von ca. 28 auf ca. 34 Prozent; dieser wurde intern auf unverrückbar 100 Prozent begrenzt, die wiederum auf 12 öffentliche Funktionshaushalte aufgeteilt wurden, und zwar mit Bandbreiten, mit deren Hilfe wandelbaren Erfordernissen über die 15 Jahre entsprochen werden konnte. Ich verfasste nach Beendigung der redaktionellen Arbeit noch eine von Fachsprache bereinigte Kurzfassung, für deren rasche Verbreitung Alfred Nau sorgte. Das alles bewirkte nur, dass es nicht zu einer von den Linken beabsichtigte völligen Ablehnung, wohl aber zu einer enthaupteten Fassung kam: das Rechenwerk wurde zur Fußnote degradiert. Man hörte und hört von dem Orientierungsrahmen '85 hernach kaum noch etwas; Helmut Schmidt erwähnt ihn in seinen späteren Büchern nur noch andeutungsweise. Es ist ausgesprochen schade, dass eine glänzende Idee, die imstande war, die Politik entscheidend zu versachlichen und mit haltlosen Versprechungen, ja Lügen aufräumen sollte, seither – augenscheinlich – für immer begraben ist.

Während meiner Arbeit in Bonn wurde ich in das Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Kammer Köln berufen. Dort vertraute mir der Vorsitzende an – ganz gegen die Vorschrift – den Teil der schriftlichen Beschlussbegründung zu formulieren, der meinen sachlichen Beitrag zur Entscheidung betraf: Vom Recht des Gesamtbetriebsrats wusste ich deutlich mehr als er.

5.2 Bildungsreferent der SPD (Juli 1973 bis Juni 1974)

Nach dem Hannoverschen Parteitag war die Mission, für die ich angeheuert worden war, erledigt. Es fand sich im Forschungsinstitut kein anderes aktuelles Projekt, das mir zugesagt hätte. Also lieh man mich als Bildungsreferent an die SPD aus. Dort konnte ich einige konzeptionelle Beiträge erstellen, sollte jedoch vor allem für Geldmittel sorgen.

Ich verfiel darauf, mit Hilfe des Minderheitsvotums von Professor Kirchhoff, Heidelberg, in dem Verfassungsgerichtsurteil zur Parteienfinanzierung eine korrigierende Entscheidung mit der Begründung zu provozieren, **politische Bildung** sei ein konstitutiver Bestandteil einer fundierten **Meinungsbildung**, für die die Parteien nach dem Grundgesetz teilzuständig sind. Ich hatte mich dafür bereits mit einigen Leitern von Bildungseinrichtungen abgesprochen. Doch Alfred Nau spielte nicht mit. Im Übrigen unterforderte mich der Job in der *Baracke*, in der ich auch nicht heimisch wurde. Am besten fühlte ich mich eigentlich in der Naumann-Stiftung, die etwa mit der FDP-Zentrale identisch war.

Ich ergriff die erste Gelegenheit zum Absprung: 1974 wurde jemand gesucht, der tollkühn genug war, in der sozialdemokratischen *Diaspora*, in Baden Württemberg eine neue Heimvolkshochschule der Ebert-Stiftung zu gründen und – womöglich – zu leiten. Meine aktuelle Funktion und meine Seminartätigkeit in Nordrhein-Westfalen waren dabei hilfreich. Unter 12 Bewerbern kam ich schließlich zum Zuge, als einziger, auf den sich SPD-Vorstand Baden-Württemberg und Ebert-Stiftung Bonn einigen konnten. SPD-Vorsitzender Erhard Eppler, mit dem ich mich gut verstand, bescheinigte mir, ich sei *wissenschaftlich ausgewiesen*. Mag sein.

5.3 Direktor der Fritz-Erler-Akademie (Juli 1974 bis September 1980)

Organisatorisch war ich erfolgreich. Die Schule lief nach einem halben Jahr mit drei parallelen (Wochen und Wochenend-) Seminaren auf vollen Touren. Ich begegnete bei meiner Werbetournee durch die Gewerkschaften keinerlei Vorbehalten. Die Informationen und Tipps des einheimischen sehr erfahrenen Erwachsenenbildners Alfred Braun halfen mir sehr. Der wurde mein Stellvertreter und bald auch Betriebsobmann. Es gab zwei Lehrgangstypen: solche, die von Gastorganisationen selbst gestaltet und geleitet wurden und solche, die nach dem Programmen der Stiftung abliefen. In

jedem Falle mussten sie nach Inhalt und Teilnehmerzahl den *Bestimmungen* der öffentlichen Zuschussgeber entsprechen. Da war ich genauso kompromisslos wie seinerzeit in der Landesjugendleitung der DAG – aus ähnlichen Gründen! Meine unterentwickelte Neigung zur Grausamkeit musste ich auch in der Beziehung zu meinem Personal trainieren: 7 von 30 musste ich im Laufe der Zeit zur Verfügung stellen! Das Haus war zuvor eine Lungenheilstätte gewesen, hatte gut belichtete Räume, eine hervorragende Küche, ein Schwimmbad und bekam noch einen Bierkeller; es lag allerdings in einer Wohnstraße, was zu gelegentlichen Störungen führte. Zusammen mit dem Rhetoriklehrer der Universität Tübingen Albrecht Leuteritz und Personen der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelten wir eine Reihe modellhaft neuer Seminare, z. B. Kunst und Politik, Erfahrung mit Politik machen und vor allem Trainingslehrgänge für Betriebs- und Personalvertreter. Mit vereinfachten Ellwein-Skalen ermittelten wir zu einem relativ hohen Prozentsatz vor- oder sogar antidemokratische Einstellungen, die im Laufe des Seminars korrigiert werden konnten, was sich auch einige Wochen nach dem Lehrgang noch feststellen ließ. Ein besonderes Seminar galt zugleich der Familienzusammenführung von Strafgefangenen aus Bruchsal, dies zusammen mit der Familie Ludwig aus Bruchsal. Unsere Sekretärin Hildegard Schickle versah zusammen mit zwei angehenden Pädagoginnen während der ganzen Woche ein Programm für die Kinder. Zwei weitere besondere Lehrgänge führten wir mit Teilnehmern der Bundeswehr und mit Angehörigen der Alliierten Streitkräfte durch.

1979, in der Afghanistan-Krise, plante die Stiftung eine neue Seminarreihe zum Thema Friedenssicherung. Zu deren Vorbereitung erkundete eine Gruppe in Westberlin Einzelheiten zur Politik *Wandel durch Annäherung* und in Ostberlin zur aktuellen Stimmung. Dazu ließ sich in der zivilen Bevölkerung kaum Bemerkenswertes ermitteln, dafür umso mehr bei Uniformierten, mit denen wir ganz überraschend ins Gespräch kamen. Das brach abrupt ab, als wir uns dazu im Restaurant des *Roten Rathauses* niedergelassen hatten. Auf Veranlassung des Wirtes, dessen Oberkellner ein IM war, mussten unsere Gesprächspartner unseren Tisch verlassen. Während meiner Arbeit in Schömberg wurde ich in das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Kammer Karlsruhe berufen, schließlich ins Bundesarbeitsgericht.

6 Vorstand und Hausstand (1980 bis 1987)

Heinz Groteguth sah sich bald nach seiner Wahl veranlasst, aus Gesundheitsgründen sein Vorstandsamt niederzulegen. Es gab unterschiedliche Meinungen über die mögliche Nachfolge: Beiratsmitglied Lutz Freitag oder der seit zehn Jahre ausgeschiedene Gerhard Halberstadt, der immerhin zuletzt in der Abteilung Öffentlicher Dienst gearbeitet hatte. Über mehrere Abstimmungen fiel die Wahl schließlich auf mich. Der Bundesvorstand war inzwischen total umorganisiert: das Ressort Öffentlicher Dienst war eines der drei operativen für *Tarif- und Betriebspolitik*. Das für Industrie leitete Roland Issen, der seine Kontakte mit den wichtigsten IG-Vorsitzenden zielstrebig dafür nutzte, dass der DGB bei seiner geplanten Umorganisation die DAG mit einbezog. Noch während ich das Buch über die *Angestellten und ihre Gewerkschaft* schrieb, bahnte sich sowohl die Überwindung der staatlichen als auch der gewerkschaftlichen deutschen Spaltung bereits an. So konnte ich das Buch mit einem doppelten *Happy End* abrunden. Doch bis dahin verging noch einige Zeit, in der ich sieben Gehaltstarifverhandlungen durchzustehen hatte. Dabei konnte ich nur die Trümmer verwalten, die Groteguth durch seine exzessive Pressepolitik hinterlassen hatte, wegen derer die ÖTV ihre Tarifgemeinschaft mit der DAG aufgekündigt hat. Damit wir überhaupt noch am gleichen Tage – freilich immer nur in zweiter Linie – verhandeln konnten, bedurfte es einer neuen Tarifgemeinschaft mit den tariffähigen Verbänden des DBB sowie mit der Ärztegewerkschaft *Marburger Bund*. Das erschwerte vor allem die wichtige Öffentlichkeitsarbeit. Bei der ARD unterdrückte der Berichtersteller Patrick Leclercq – zugleich führender Funktionär des DGB - beinahe vollständig unsere Präsenz; wenn wir zu Wort und ins Bild der Abendnachrichten kamen, dann so gut wie nur im ZDF. Meine Leute sahen zwar, dass ich den Zustand nicht ändern konnte, machten mich gleichwohl dafür verantwortlich. Die rigide Politik der DGB-Gewerkschaft *Druck und Papier* gegenüber den bei ihr kartellartig angeschlossenen autonomen Verbänden für die künstlerischen Berufe nutzte der für die Künstler in

der DAG zuständige Stefan Meuschel dazu, diese Verbände - mit autonomem Status - zur DAG zu führen. Der Leiter der Abteilung Organisation Karl Kaula und ich unterstützten ihn dabei, während Widerstand vor allem vom misstrauischen Vorsitzenden Hermann Brandt kam. Der Coup gelang schließlich. Ehrenamtlicher Vorsitzender wurde Jürgen Scheller. Nach der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft *ver.di* im DGB, unter Einschluss der DAG, löste sich diese Verbindung jedoch wieder.

1984 wurde mir für meinen *wesentlichen Beitrag zum Aufbau eines funktionierenden sozialen Systems* das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Zum Schluss meiner Amtszeit fiel mir die heikle Mission zu, in Genf die Politik der Bundesrepublik gegenüber den Radikalen im öffentlichen Dienst vor einem Ausschuss der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO zu verteidigen. Ich argumentierte im Wesentlichen so: Der sog. Radikalenerlass schafft kein neues Recht, sondern dient der vereinheitlichten Rechtsanwendung in Bund und Ländern. Geprüft wird, ob die Bewerber und ggf. die bereits Beschäftigten die Gewähr dafür bieten, dass sie sich für unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung einsetzen und nicht das Gegenteil anstreben. Kein Unternehmer beschäftigt Leute, die in Wahrheit für die Konkurrenz arbeiten, auch der öffentliche nicht. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die internationalen Verbindlichkeiten werden voll berücksichtigt. Noch in Schömberg, vor meinem Wechsel nach Hamburg ließen Hildegard Schickle und ich uns vom Bürgermeister Brugger trauen.

Publikationen: Der Betriebsrat, Wahl, Zusammensetzung, Organisation, Geschäftsführung, mit Wolfgang Hunold und Walter Ristau, Rudolf Haufe, Freiburg, 1981. Musterbetriebsvereinbarungen und Vordrucke für den Betriebsrat und die Personalabteilung, mit Gerd Federlin, Dieter Fuchs, Wolfgang Hunold, Walter Ristau, Verlag Wirtschaft, Recht und Steuern, München, 1982. Der Betriebsrat, Wissenswertes für Kandidaten und Interessierte, Rudolf Haufe, Freiburg, 1986. Das Freie Wort, Rhetorik-Broschüre, mehrere Auflagen ab 1982. Versammlung und Demonstration, mit Wilfrid Hensel, Neue Gesellschaft, Bonn, mehrere Auflagen ab 1983.

7 Pensionär und Publizist (ab 1987)

Zwei Ehrenämter führte ich noch ein paar Jahre weiter: beim Bundesarbeitsgericht und im Widerspruchsausschuss beim Bezirksamt Bergedorf. Durch meine Tochter kam das im Elternrat im Gymnasium Bornbrook hinzu. Aus dem entwickelte sich ein neuer anregender Freundeskreis. Daneben singe ich nach wie vor in drei Chören, in einem als Bass, in zweien als Tenor.

Mein Leben *auf der Überholspur* blieb nicht ohne gesundheitliche Folgen. Eine zweite Operation an beiden von Arthrose befallenen Knien führte zum Herzstillstand und zu 21 Tagen Koma. Herzkreislaufprobleme, Nierenversagen, Asthma und Osteochondrose setzen mir immer mehr zu. Dreimal in der Woche bringe ich etwa fünf Stunden für die Dialyse zu. Immer wieder wird zusätzliche Krankengymnastik erforderlich.

Publikationen: Kommentar zum Personalvertretungsgesetz Hessen, DAG, Frankfurt, ab 1993 Lose Blatt, Projekt von Gerhard Vetter. Berliner Praxis-Kommentar Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, Haufe, Freiburg, Berlin, 1994. Mitarbeiterinformation als Führungsaufgabe, mit Ernst Zander, Wirtschaftsverlag Bachem, Köln 1995. Kommentar zum Tarifvertrag für das private Versicherungsgewerbe, DAG Hamburg 1994. Fortführung des Lose-Blatt-Werkes Betriebsverfassung in Recht und Praxis. Auf Veranlassung des DAG-Chefredakteurs eine siebenteilige Artikel-Serie für die Verbandszeitung *Die Angestellten* über die Ergebnisse der sog. Sinus-Studie zu radikalen und extremistischen, in Sonderheit antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen in unserer Bevölkerung. Zu der Zeit betraf das ungefähr 25 Prozent, nach aktuellen Ermittlungen immerhin noch 20 Prozent. Leo Baeck lobte die Publikation als *das Beste, was er dazu bisher gelesen habe*.

Schließlich ein intelligenter elektronischer Wahlkalender zur Betriebsratswahl, der alle Änderungen im tatsächlichen Terminablauf selbsttätig anpasst, mit Vordruckmustern und Texterläuterungen (mit Helmut Glaubrecht und dem Amerikaner John Hunt). Wirksam leider nur für eine Wahl. Der Programmierer fand wegen eines Berufswechsels keine Zeit mehr zur Anpassung an das 2001

novellierten BetrVG.

Reinbek im Januar 2012

Gerhard Halberstadt

